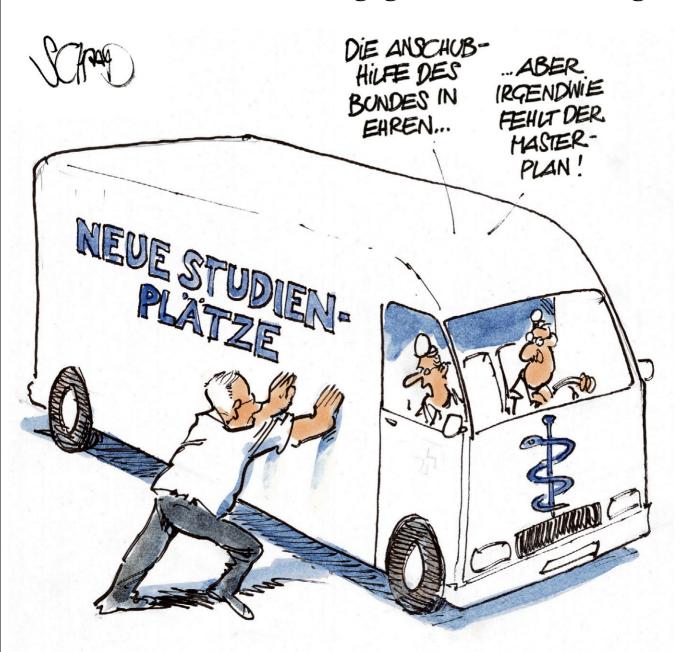
## Umstrittene Massnahmen gegen Hausärztemangel



Der Bund unterstützt neue Medizinstudienplätze - aber nicht ausreichend, sagen Politiker und Hausärzte.

Die Schweiz bildet zu wenig Ärzte aus. Um die Abhängigkeit von Medizinern aus dem Ausland zu reduzieren, bauen die Universitäten ihre Studienkapazitäten zurzeit stark aus. Nicht nur in den bestehenden Fakultäten, auch an neuen Standorten wie Luzern oder St. Gallen entstehen mehrere Hundert zusätzliche Plätze für Medizinstudenten. Der Bund unterstützt die Trägerkantone mit 100 Millionen Franken. Nun wird Kritik

an diesem Engagement laut. Bildungspolitiker und Hausärzte befürchten, dass die Finanzspritze zu wenig nachhaltig sei, da sie auf die Zeit von 2017 bis 2020 begrenzt ist. Danach müssen die Kantone die Last alleine tragen. Auch Swissuniversities, die Rektorenkonferenz der Hochschulen, hat Bedenken, ob die Kantone die neuen Studienangebote langfristig tragen können. «Die Kantone werden kräftig investieren müssen, um sie erhalten zu können. Sonst müssen die Universitäten die zusätzlichen Plätze mit Sparmassnahmen in anderen Bereichen finanzieren», sagt Präsident Michael Hengartner. Auch an den bereits etablierten Medizinfakultäten heisst es, die Trägerkantone unterschätzten die Kos-

ten. Eine verlängerte Finanzierung des Bundes ist gemäss der Schweizerischen Hochschulkonferenz nicht ausgeschlossen. Das Geld würde dann allerdings anderswo fehlen.

Die kritischen Stimmen warnen zudem, dass es mit den Bundesgeldern und den Projekten der Universitäten nicht gelingen werde, den Hausärztemangel zu bekämpfen. Dafür fehle schlicht ein koordinierter Masterplan, sagt CVP-Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach. Bestätigt sieht sich die Freiburgerin zum Beispiel durch die Pläne der ETH Zürich: Dort entsteht ein Medizinstudiengang auf Bachelorstufe – und ein Teil der Studenten soll für die Forschung statt für die Praxis gewonnen werden. (rbi) – Seite 3